

Maßnahmen der Bildungsreform in Österreich anno 2017

Nach der Hochschulreform soll nun die Grundschule in Österreich einer Bildungsreform unterzogen werden. Argumentiert wird dieser Reformbedarf mit dem Hinweis auf gesteigertes Wissen und höheren Anforderungen im Berufsalltag. Durch bessere Ausbildung soll das Versagensrisiko im Leben gesenkt werden.

Der eigentliche Beweggrund dürfte aber in der globalisierten Wirtschaft und in der von dieser geforderte Mobilität liegen. Diese Wirtschaft und die Fluchtbewegungen erodieren die gewachsenen Sozialgemeinschaften, die Lebenswelten und ihre Wertestrukturen.

„Aktuell versucht die Europäische Union unter dem Programm *Education for Democratic Citizenship* die europäische Bevölkerung auf einen, von Staatschefs und *Non Governmental Organisations* (NGOs) festgelegten Wertekanon der bürgerlichen Verantwortlichkeiten im Sinne einer gesteigerten Wirtschaftskraft in einem zentralistisch verwalteten Staatenverbund einzuschulen.“ (Friedhuber 2014, S. 162)

Eines der Ziele dieser EU-Programme scheint dabei auch zu sein, die Schulen und Bildungsinstitutionen einerseits international zu normieren und sie andererseits im Sinne der globalisierten Wirtschaft verwertbar zu machen.

So wurde zuerst ein Metrik-System zur Schulbewertung eingeführt. Es wurde dabei das Qualitätsmodell EFQM (EFQM = European Foundation for Quality Management) der produzierenden Betriebe herangezogen.

Dann wurde unter dem Titel der Selbstverwaltung das Hochschulwesen gemäß diesem Modell umgebaut. Im Hochschulwesen selbst wurde, um Bildungsangebote kompatibel zu gestalten, ein System für Leistungsanrechnungen – das System der ECTS (ECTS = *European Credit Transfer System*) - installiert. Die Hochschulstandorte selbst wurden einem Ranking unterworfen, um sie zu bewerten – kurz: das Hochschulbildungssystem wurde durchgängig operationalisiert. Dies ohne Rücksicht darauf, dass viele Komponenten gar nicht operationalisierbar sind – etwa Bildung selbst. Diese Komponenten werden eben durch Rankings ersetzt.

Um in der Bevölkerung und auch beim Lehrpersonal Akzeptanz zu erlangen, wurden diese Maßnahmen unter dem Titel des niederschweligen Hochschul- und Universitätszuges publiziert und über drittmittel-dotierte Einführungsprojekte etabliert.

War die ursprüngliche Absicht der ECTS und der ECVET (ECVET = *European Credit System for Vocational Education and Training*) tatsächlich auf Niederschwelligkeit im Zugang zu höherer Bildung gerichtet (etwa durch Anerkennung von informalen Bildungsverläufen im Curriculum der formalen Bildungsinstitute), so wurde das System inzwischen zu einer Zugangsrestriktion. Der freie Universitätszugang für Absolventen der Gymnasien etwa wurde durch Aufnahmeprüfungen, STEOP (STEOP = Studien-Eingangs-Orientierungsphase) sowie durch Pflichtpraktika erschwert. Die Anerkennung von informal erworbenen Kenntnissen ist kaum gegeben.

Im Grundschulwesen laufen die Vorgänge nun zeitverzögert ähnlich. Um den Umbau auch hier vorzubereiten, wurde mit der Einführung von Schul- und Schüler - Rankings (z.B. PISA = *Programme*

for *International Student Assessment*). Diese Vorgänge weisen alle darauf hin, dass die publizierten, auf Bildung, Wissen und Wertevermittlung abgestützten Argumente lediglich publizistische Stilelemente sind. Ziel dürfte ein Schulsystem nach anglo-amerikanischen Vorbild sein, das sich auch vermarkten lässt. Das Ideal der Aufklärung, die Menschen umfassend zu bilden, wird damit aufgegeben.

Dieser Umbau wird mit einem massiven Konvolut an Rahmenorganisationen, Programmen, Gremien und Schlagworten durchgeführt, sodass kaum ein Mensch – ob Eltern oder Lehrperson – einen Überblick erlangt. Selbst die Regierungsstellen in Österreich arbeiten mit dieser Begriffsverwirrung: so gibt es seit 2016 ein *Bundesministerium für Bildung* das etwa in der Liste der österreichischen Bundesministerien im Internet nicht zu finden ist (siehe: WienKonkret). Dieses Ministerium scheint je nach Propagandabedarf umbenannt zu werden (siehe: austria-forum). Auch dies ist ein Hinweis, dass hier nicht Bildung im Zentrum steht sondern dass eher bildungsferne Interessen umgesetzt werden.

In einer, vom Bundesministerium für Bildung bezahlten Kampagne mit halbseitigen Inseraten in der Tageszeitung *Österreicher* soll die Bildungsreform der Bevölkerung nahe gebracht werden. Unter dem Inseratentitel „Die Ganztagschule: Chancengerechtigkeit für alle“ (*Österreicher* 2016a, S. 21) nennt das Ministerium folgende Bildungsvorteile:

„Ganztägige Schulformen schaffen die besten Voraussetzungen für die bestmögliche Förderung der Talente und Stärken aller Schülerinnen und Schüler, gleichzeitig wird dadurch die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit erleichtert.“ (BMB 2016a, S. 21)

Mit keinem Wort wird erwähnt, warum eine ganztägige „Schulform [...] die besten Voraussetzungen“, (BMB 2016a, S. 21) schafft. Ebenso ist es für mich unklar, warum dadurch, dass die Schülerinnen und Schüler bis 16 Uhr in betreuten Anstalten verbringen müssen, eine bessere Vereinbarkeit von Freizeit erreicht wird – die Freizeit wird hier einfach gekürzt. Klar ist, dass damit die Berufstätigkeit der Erziehungsberechtigten unterstützt wird.

In der zweiten Einschaltung mit dem Titel „Die beste Bildung für alle SchülerInnen“ (BMB 2016b, S.11) werden konkrete Bildungsmaßnahmen genannt:

„[F]ür außerordentliche SchülerInnen können nun auch für die Dauer von maximal zwei Jahren zu je 11 Wochenstunden Sprachstartgruppen in geblockter Form sowie klassen-, schulstufen-, schul- oder schulartenübergreifend anstelle der vorgesehenen Pflichtgegenstände eingerichtet werden.“ (BMB 2016b, S. 21)

Diese Maßnahme klingt eher wie eine versteckte Integrationsmaßnahme als Bildung für alle. Soll doch dabei anscheinend der Regelunterricht in allen anderen Fächern zugunsten eines Sprachunterrichts ausgesetzt werden. Der Text ist allerdings so unspezifisch formuliert, dass sich kaum konkrete Schlüsse ziehen lassen – auch ein Hinweis dafür, dass es sich um reine Propaganda handelt.

Bezeichnender Weise ist die aktuelle Ministerin für Bildung, Frau Sonja Hammerschmid, eine gewesene Universitätsrektorin. Ich vermute daher, dass die Frau Ministerin nun das allgemeine Schulwesen nach dem im Hochschulsektor erprobten Konzept der Autonomie dem Umbau öffnen wird. Gleich wie im Universitätssektor wird dann eine Schulplatzbewirtschaftung und ein Abspalten von ökonomisch lukrativen Sektoren möglich werden.

Ziel scheint es zu sein, eine für die globalisierte Ökonomie flexibel einsetzbare Personalmenge zu *produzieren* und den Eliten weiterhin Bildung durch Privatinstitute zu ermöglichen. Kernelemente der Bildung für die Massen sind dabei die sogenannten Handlungskompetenzen und die Willigkeit zur weltweiten Verfügbarkeit.

Wären individuelle Bildungsziele der Hintergrund der Maßnahmen, so müssten wenigsten ein paar der längst bekannten pädagogischen Maßnahmen erwähnt werden - etwa: Unterricht in der Muttersprache der Schüler, Fremdsprache als Zweitsprache, Freiraum zur Entdeckung von Neigungen und Interessen. Pädagogisch erprobte Formen sollen hier nur stichwortartig aufgezählt werden: Montessori-Pädagogik, Waldorfschule, Summerhill – aber auch der klassische Unterricht, wie er in Österreich bis ca. 1970 durchgeführt wurde – all dies zusammen mit einer sozialen Umwelt, die den Menschen und seine Sinn-Findung in das Zentrum stellt wäre zu erwarten - und nicht das ökonomisch zentrierte Zurechtrichten des Menschen als Ressourcen.

Literatur:

- Friedhuber, Wolfgang (2016) Pädagogische Professionalisierung in säkularen Demokratien. Analyse der Ursache für die Ausweitung der pädagogischen Betreuung hin zum lebensbegleitenden Lernen. Saarbrücken: Akademikerverlag.
- BMB (2016a): Die Ganztagschule: Chancengerechtigkeit für alle. Bestmögliche Förderung für alle Kinder. Österreichischer, 23. Dezember 2016.
- BMB (2016b): Die Beste Bildung für alle SchülerInnen. Vom Kindergarten in die Volksschule. Österreichischer, 30. Dezember 2016
- WienKonkret: <http://www.wien-konkret.at/politik/bundesregierung/ministerien/>; Zugriff am 9.2.2017.
- Austria-Forum: http://austria-forum.org/af/Wissenschaft_und_Wirtschaft/Oeffentliche_Einrichtungen/Bundesministerium_f%C3%BCr_Bildung_und_Frauen; Zugriff am 9.2.2017.